A8-Ä5 ÖPNV zukunftssicher gestalten – Angebot stärken und Finanzierung sichern

Antragsteller*in: Nelly Waldeck (KV Kiel)

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 16 bis 32:
Weitergehend ist die Finanzierung des ÖPNVs ~~nicht stabil. Dies zeigt sich nicht nur im Schienenverkehr, auch im weiteren Öffentlichen Nahverkehr, in den Kreisen und kreisfreien Städten ist die Finanzierungssituation schwierig. Besonders die starken Preissteigerungen in den letzten Jahren bedingen diese Situation, welche durch steigende Antriebskosten und Tarifabschlüsse getrieben wurde. Dies erschwert nicht nur den Ausbau der Leistungen, sondern setzt bereits bei der Finanzierung des bestehenden Angebots an und stellt die Kreise und Städte vor herbe Herausforderungen. Für die Finanzierung fehlt es an einer kontinuierlichen, der Realsituation angepassten Dynamisierung von Land und Bund, die den externen Kostenanstieg mitberücksichtigt. Wir fordern daher zur langfristigen Sicherung des ÖPNVs eine Anpassung der Finanzierungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene , welche neben einer kontinuierlichen Dynamisierung von mind. 2% pro Jahr für einen stetigen Ausbau der Verkehrsleistung, die Einbeziehung von externen Kostensteigerungen vorsieht und starke externe Kostensteigerung ausgleicht. Nur so schaffen wir auf Dauer klare Planungssicherheit für eine nachhaltige Mobilitätspolitik auf Landesebene und im kommunalen Bereich.~~weder stabil noch auskömmlich. Dies zeigt sich nicht nur im Schienenverkehr, auch im weiteren Öffentlichen Nahverkehr, in den Kreisen und kreisfreien Städten ist die Finanzierungssituation ebenso schwierig. Besonders die starken Preissteigerungen in den letzten Jahren bedingen diese Situation, welche unter Anderem durch steigende Diesel- und Benzinkosten, Materialkostensteigerungen und Tarifabschlüsse getrieben wurde. Dies erschwert nicht nur den Ausbau der Leistungen, sondern setzt bereits bei der Finanzierung des bestehenden Angebots an und stellt die Kreise und Städte vor herbe Herausforderungen.

Wir Grünen setzen uns daher auf allen Ebenen dafür ein, dass der öffentliche Verkehr finanziell zukunftsfest aufgestellt wird. Dafür braucht es sowohl eine Umschichtung bestehender Steuergelder als auch die Schaffung neuer Möglichkeiten, mehrjährig und kreditfinanziert in unsere Infrastruktur zu investieren. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Mittel für Fernstraßenneubau in Schieneninvestitionen umgewidmet werden. Fossile Subventionen wie das Dienstwagenprivileg für Verbrennerautos und die steuerliche Begünstigung von Dieselkraftstoffen sollen abgeschafft werden und die freiwerdenden Steuereinnahmen in eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel und die Ausfinanzierung des Deutschlandtickets sowie zur Schaffung neuer zielgruppenorientierten Angebote wie einem bundesweiten Bildungs- und Sozialticket investiert werden.

Auf Landesebene wollen wir durch die Einführung einer LKW Maut auf Landesstraßen zusätzliche Einnahmen generieren, die der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zugute kommen sollen. Zudem wollen wir Einnahmemöglichkeiten für Kreise und kreisfreie Städte schaffen, um den öffentlichen Verkehr besser ausfinanzieren zu können, beispielsweise eine KfZ Abgabe oder eine ÖPNV Abgabe für alle Menschen. Außerdem setzen wir uns für eine stärkere Schwerpunktsetzung der ÖPNV Finanzierung innerhalb des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts ein. ÖPNV ist sowohl effektiver Klimaschutz als auch Teil der Daseinsvorsorge und muss als solcher priorisiert werden.

Für eine nachhaltige Finanzierung der Investitionen in unseren öffentlichen Verkehr setzen wir uns für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft ein, die große Investitionen mehrjährig finanziert und so nicht an die enge Struktur eines Haushalts gekoppelt ist. Wir setzen uns im Bund dafür ein, Schieneninfrastruktur auf der vor Allem Regionalverkehr verkehrt in das Eigentum des Landes zu überführen und mittels der Infrastrukturgesellschaft zu verwalten und auszubauen.

Die daraus entstehenden zusätzlichen Mitteln wollen wir für eine kontinuierliche, der Realsituation angepasste Dynamisierung von Land und Bund, die den externen Kostenanstieg mitberücksichtigt, einsetzen. Wir fordern daher zur langfristigen Sicherung des ÖPNVs eine Anpassung der Finanzierungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene , welche neben einer kontinuierlichen Dynamisierung für einen stetigen Ausbau der Verkehrsleistung, die Einbeziehung von externen Kostensteigerungen vorsieht und starke externe Kostensteigerung ausgleicht. Nur so schaffen wir auf Dauer klare Planungssicherheit für eine nachhaltige Mobilitätspolitik auf Landesebene und im kommunalen Bereich.

Unterstützer*innen

Leon Martin (KV Kiel); Joris Jeschke (KV Kiel); Luca Köpping (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Luca Brunsch (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Lukas Unger (KV Pinneberg)